

Gegenstand: Sachstandsbericht - "Digitales"

Frau Threin (Sachgebietsleitung Digitale Verwaltung) berichtet zu den anstehenden Roll-Out-Prozessen 2025 im Zusammenhang mit der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG) auf den verschiedenen Ebenen (Bund/Land/Kommune) [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beigelegt ist.

Frau Dr. Mang-Schäfer erkundigt sich nach dem digitalen Bauantrag, der nicht ohne Tücken zu sein scheint. Laut Verwaltung läuft derzeit der sog. 18. Sprint zur Anbindung der Fachapplikation an das Portal des Landes. Zum landeseinheitlichen E-Payment-Prozess gibt es eine erste Anbindung in Trier. Fragen zu GEMA-Rechten sind allerdings noch ungeklärt.

Frau Dr. Heller erkundigt sich nach dem Hacker-Angriff auf die Schulen, der nur mittelbar etwas mit dem TOP zu tun hat. Es sei doch ungewöhnlich, dass der IT-Dienstleister auf der Leitung so lange im Zugriff war. Sie erkundigt sich nach den administrativen Zugriffsrechten des IT-Dienstleisters. Die Vorsitzende führt aus, dass die Ermittlungen vom LKA übernommen wurden. Betroffen seien die schulinternen Netze, nicht nur in Speyer. Soweit der Fall die städtische IT-Abteilung betrifft, hat diese schnell und effektiv reagiert. Sie schlägt vor, die Fragen aufzugreifen und intern für eine zeitnahe Beantwortung nochmals zu erörtern, soweit dies aus ermittlungstaktischen Gründen möglich ist. Frau BM Kabs ergänzt, dass alle Schulen, außer dem Gymnasium am Kaiserdom, wieder am Netz sind.

**Gegenstand: Bericht zur Interkommunalen Zusammenarbeit - IKZ-Projekt: DEKON-V
Feuerwehr-Katastrophenschutz: SP, RPK, LU, FT**

Herr Eymann berichtet [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, über die Zusammenarbeit im Bereich Dekontamination zwischen den Wehren in Speyer, Ludwigshafen, Frankenthal und dem Rhein-Pfalz-Kreis. In der Region findet zwischen den Kommunen eine notdienstliche Zusammenarbeit seit Jahren statt. Das IKZ-Projekt wird vom Land Rheinland-Pfalz großzügig gefördert, so dass für den gesamten Bereich die erforderliche Sonderausrüstung in einem Zug angeschafft werden kann.

Herr Feiniler erkundigt sich nach der gemeinsamen Alarmierung der 4 Teilnehmer. Außerdem möchte er wissen, wie der Landkreis eingebunden ist. Laut Herrn Eymann muss auch der Kreis einen Zug vorhalten, der dezentral auf 5 Standorte verteilt ist. Die Alarmierung erfolgt zentral und parallel über LU.

Frau Keller-Mehlem fragt, woher die vielen Leute kommen, die da benötigt werden und wie der Einsatz von Notärzten organisiert wird. Mit hauptamtlichen Kräften sei man am untersten Limit und nur für Einsätze vor Ort gerüstet, so Herr Eymann. Der Katastrophenschutz lebt vom Ehrenamt, gemischt aus allen Kommunen. Nach dem Feuerwehrbedarfsplan würde das dreifache an Personal benötigt, was momentan verfügbar ist. Er wirbt in diesem Zusammenhang erneut für das Ehrenamt. Die Notärzte kommen aus einem Pool von Ärzten, die nicht im Dienst sind.

Frau Holzhäuser begrüßt den Informations- und Wissensaustausch bei den Kommunen. Sie hinterfragt die Aufteilung der Mittel unter den Teilnehmern. Außerdem möchte sie wissen, ob Großunternehmen wie die BASF keine eigenen Dekontaminationskräfte haben. Der Förderbetrag wird laut Herrn Eymann nicht auf die einzelnen Gemeinden verteilt, sondern für den gemeinsamen Materialeinkauf genutzt; die Einlagerung erfolgt zentral in einer Halle des Katastrophenschutzes in LU. Die BASF hat fest installierte Dekontaminations-Stationen über das Werksgelände verteilt. Die Stadt LU verfügt ebenfalls über einen kompletten Zug.

Da der Rhein keine Grenze mehr darstellt, erfragt Herr Hoffmann die Zusammenarbeit mit der badischen Seite bei einem Großschadensereignis. Dies ist laut Herrn Eymann Ländersache. Vorfälle auf dem Fluss selbst sind über Länderverträge geregelt. Es erfolgt aber eine Zusammenarbeit unter den Wehren, z.B. mit der Berufsfeuerwehr Mannheim bei der Domsanierung. Es gibt auch eine Absprache mit der FW Hockenheim wegen A61-Brücke über den Rhein.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Aktueller Stand zu den Verhandlungen "Kurpfalzkasernen"

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) berichtet über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit der BIMA. Mit einem Eigentumsübergang und der Zahlung für die verfügbaren Bereiche wird eher im 2. Quartal 2025 gerechnet. Derzeit findet eine Ermittlung der Zufahrts- und Erschließungsvoraussetzungen des Areals statt. Er kündigt eine Klausur vor der Sommerpause mit dem Stadtrat und der Gemeinde Otterstadt für die Erörterung der weiteren Planungen und Zielsetzungen an. Das Bundeswehrdienstleistungszentrum (BwDZ) ist noch nicht freigestellt, könnte aber evtl. noch in diesem Jahr folgen. Es ist nicht Gegenstand des derzeit verhandelten Ankaufs; dies wäre ein eigenständiges Verfahren.

Frau Dr. Mang-Schäfer erkundigt sich nach den Fragen aus dem Termin im Sommer, die seitens der Verwaltung mitgenommen wurden, z.B. die Fristverlängerungen wegen der möglichen Eisenbahntrasse. Sie möchte wissen, was daraus geworden ist. Der Kauf erfolgt laut Herrn Nolasco auf Basis des bestehenden Wertgutachtens. Die Entscheidung über die Trassenführung der DB verzögert sich zeitlich massiv. Im Falle einer Belastung durch die Bahn müssten geänderte Zuordnungen im Rahmen des Urbanen Gebietes erfolgen. Frau Dr. Mang-Schäfer thematisiert nochmals die 5-Jahresfrist; diese besteht laut Herrn Nolasco, man wünsche sich lieber eine noch längere.

Herr Feiniler erkennt aktuell eher Zurückhaltung bei der Gemeinde Otterstadt. Sollte diese auf eine Kooperation verzichten, welche Kosten kämen dann zusätzlich auf die Stadt zu? Herr Nolasco verweist auf die laufenden Vertragsverhandlungen, die derzeitigen Kenngrößen können gerne im nichtöffentlichen Teil genannt werden.

Weiterhin möchte Herr Feiniler angesichts der Sicherheitslage in Europa wissen, ob evtl. doch wieder eine militärische Nutzung möglich wäre. Nach aktuellen Erkenntnissen ist dazu derzeit nichts geplant.

Frau Keller-Mehlem hinterfragt formale Verzögerungen oder einen inzwischen fehlenden Willen zur Beteiligung bei Otterstadt.

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung -
IKZ-Projekt: Veranstaltungssicherheit Großübung Frühjahrsmesse 08.04.2025;**

Herr Eymann [berichtet in einer weiteren Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beiliegt, zur urbanen Sicherheit in Form der Veranstaltungssicherheit. Deshalb soll eine große Räumungsübung auf einem Veranstaltungsgelände geübt werden. Vorgesehen ist bei der Frühjahrsmesse am 08.04.2025 die Räumung einer Veranstaltungsfläche im laufenden Betrieb unter Einsatz aller erforderlichen Beteiligten. Dafür werden noch freiwillige Statisten gesucht, die sich unter dem QR-Code der Präsentation anmelden können. Für diesen Einsatz gibt es Vergünstigungen auf dem Festgelände, z.B. freie Fahrgeschäfte und reduzierte Essenspreise. Herr Hoffmann regt an, auch die Schulen anzusprechen, um die Bewegungsmuster von Jugendlichen zu simulieren. Anschließend sollte es einen Bericht im HSDA dazu geben. Aus Haftungsgründen können laut Herrn Eymann nur die weiterführenden Schulen teilnehmen, abhängig zudem von der Entscheidung der Schulaufsicht bei der ADD.

Umbau Aufzüge Hauptbahnhof

Frau Münch-Weinmann berichtet, dass im Zuge der Verbesserungen auf dem Hauptbahnhof durch die Deutsche Bahn die Aufzüge im Zeitraum ab 03.02. bis evtl. August 2025 ausgetauscht werden. Dies wurde kurzfristig mitgeteilt.

3. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses
der Stadt Speyer am 23.01.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss nimmt die Informationen zu
Grundstücksangelegenheiten zur Kenntnis.

3. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer am
23.01.2025

3. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses 23.01.2025 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!